

Die Einführung der Landesverwaltungsgerichtsbarkeit mit 1. Jänner 2014 darf zum Anlass genommen werden, um auf die rechtskonforme Vorgangsweise im Zuge der Heranziehung von nichtamtlichen Sachverständigen (zB im Bauverfahren) hinzuweisen. Insbesondere sind in diesem Zusammenhang folgende Veranlassungen zu treffen bzw. zu beachten:

1. **Bestellung des nichtamtlichen Sachverständigen mittels Bescheid**

Achtung: Die Bestellung gilt nur für das jeweilige Verfahren und ist deshalb für jeden Einzelfall gesondert vorzunehmen.

Zusätzlich sind nichtamtliche Sachverständige von der bestellenden Behörde zu beedien, wenn sie nicht schon für die Erstattung von Gutachten der erforderlichen Art allgemein beediet sind (siehe § 52 Abs. 4 AVG).

2. **Geltendmachung der Gebühren durch den nichtamtlichen Sachverständigen** gegenüber der Behörde nach den Bestimmungen des Gebührenanspruchsgesetzes;
3. **Übermittlung der Gebührennote des nichtamtlichen Sachverständigen an den verfahrenseinleitenden Antragsteller bzw. an den Verschuldner der Amtshandlung** und Gewährung des Parteiengehörs;
4. **Bestimmung der Gebühren mittels Bescheid nach § 53a AVG gegenüber dem nichtamtlichen Sachverständigen;**
5. **Nach Rechtskraft des „Bestimmungsbescheides“** sind die **Gebühren durch die Behörde** zunächst an den nichtamtlichen Sachverständigen **zu bezahlen**.
6. **Vorschreibung der Gebühren als „Barauslagen“ nach § 76 AVG** gegenüber dem verfahrenseinleitenden Antragsteller bzw. dem Verschuldner der Amtshandlung;

Um das beschriebene Procedere zu erleichtern, werden der gegenständlichen Information folgende Anlagen (Muster) beigefügt:

- Bescheidmuster über die Bestellung zum nichtamtlichen Sachverständigen;
- Rechtssatz des VwGH vom 31.03.2009, Zl. 2009/06/0012, betreffend die Bestellung des nichtamtlichen Sachverständigen;
- Mustertext betreffend „Gewährung des Parteiengehörs“;
- Rechtssätze des VwGH vom 27.06.2002, Zlen. 2002/07/0055;
- Bescheidmuster über die Bestimmung der Gebühren des nichtamtlichen Sachverständigen;
- Muster über Kostenbescheid (Überwälzung der Gebühren als „Barauslagen“);
- Gesetzestext des § 76 AVG;

- Weitere Judikaturhinweise zu den nichtamtlichen Sachverständigen – Ersatz von Barauslagen;

Quelle: Rundschreiben des Tiroler Gemeindeverbandes vom 22.01.2014